

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 117/2013 (BJD)

Interpellation Felix Lang (Grüne, Lostorf): Pestizidrückstände in Gewässer und Grundwasser (26.06.2013)

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2013 zum Jahr des Wassers erklärt. In wenigen Jahren wird weltweit Wasser das grosse Problem sein.

In der Schweiz und somit auch in unserem Kanton hat sich dank Sensibilisierung und gesetzlichen Bestimmungen in den letzten Jahrzehnten vieles verbessert. Leider gibt es aber auch negative Schlagzeilen. Nachdem sich mit der Einführung des ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN), der integrierten Produktion (IP) und dem Wachstum des Biolandbaus in der CH-Landwirtschaft der Pestizideinsatz in den 90er Jahren verringerte, hat dieser 2011 in der Schweiz einen neuen Höchststand seit 20 Jahren erreicht. Zudem lassen Schlagzeilen wie (Titelseite am 7. Juni 2013 Die Nordwestschweiz) „Unbekannte Gift-Cocktails in unserem Obst und Gemüse“, mit einer eigentlich längst bekannten Problematik aufhorchen. Was dabei zu wenig thematisiert wird ist, dass diese leicht wasserlöslichen Gift-Cocktails auch in unseren Gewässern gegen jedes Lebewesen und sämtliche Pflanzen wirken und auch ins Grundwasser gelangen. Im Saldo 4/13 schreibt Daniela Hoffmann vom WWF, dass 70% des Grundwassers im Mittelland zu hohe Mengen an Pestizidrückständen aufweist. Zudem werfen Umweltschutzverbände den Behörden diesbezügliche Untätigkeit vor. Insbesondere bemängeln sie: Trotz den Regelungen Anhang 1, Punkt 6.4 in der DZV, gebe es zu viele und massiv steigende Sonderbewilligungen für Pestizideinsätze. In den letzten Jahren seien schweizweit jährlich nur 80 Kartoffel-, Mais- und Weizenfelder auf Pflanzenschutzmittel untersucht worden. Also weniger als ein Tausendstel der Anbauflächen. Wobei ein sehr hoher Anteil von 10% Verstössen festgestellt wurde. Zudem wurde durch Ordnungsänderungen auf Bundesebene vom ursprünglichen Ziel des ÖLN, Pestizideinsatz nur wenn nötig, abgewichen. Dies vor allem auch um der neuen technischen Generation von Saatmaschinen, säen und gleichzeitig Herbizide ausbringen, Rechnung zu tragen. Dies entspricht natürlich nicht mehr der ursprünglichen Idee der integrierten Produktion. Vollständigkeitshalber sei hier noch auf die richtigerweise und endlich erkannte Problematik vom Zusammenhang von Pestiziden und dem Bienensterben hingewiesen.

Wir bitten den Regierungsrat, diesbezüglich folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Kontrollen, Analysen in Bezug auf Pestizidrückstände in Fliessgewässern (besonders auch in sehr kleinen Fliessgewässern) wie auch Trinkwasserfassungen im Kantonsgebiet gibt es? Wie beurteilt der Regierungsrat diese, insbesondere auch hinsichtlich der Summe verschiedener Schadstoffe und deren Zusammenwirken? Ist er allenfalls bereit, diese Kontrollen zu intensivieren?
2. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass die Gefahren auf Mensch und Umwelt rund um den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft wie auch in Wohn- und Industriezonen (Gärten, Parkanlagen etc.) zu wenig bekannt ist? Ist er bereit, eine diesbezügliche umweltbewusstseinsbildende Kampagne zu lancieren? Inwiefern verhalten sich der Kanton und die Gemeinden diesbezüglich vorbildlich?
3. Wie viele Kontrollen und Analysen von Ackerkulturen in Bezug auf Pestizideinsatz und deren ÖLN-, resp. DZV-Konformität gibt es im Kanton Solothurn? Wie gross ist der Anteil von Verstössen? Ist der Regierungsrat allenfalls bereit, diese Kontrollen auch zum Schutz und zur Imagebewahrung der korrekten Bewirtschafter und Bewirtschafterinnen zu intensivieren?

4. Wie viele Sonderbewilligungen (nach DZV Anhang Punkt 6.4) für Pestizideinsätze gab es in den letzten zehn Jahren im Kanton? Wie lassen sich diese kategorisieren? Wie wurden die Bewilligungen begründet? Wie ist der Ablauf dieser Sonderbewilligung in der Praxis?
5. Ist der Regierungsrat bereit, das erfolgreiche Ressourcenprogramm Boden (BORES) so zu revidieren, dass es inskünftig den Einsatz von Totalherbizid (chemisches Pflügen mit Glyphosat) nicht mehr zusätzlich fördert? Ist der Regierungsrat bereit, den Biolandbau neu ins Programm aufzunehmen? Es ist wissenschaftlich erwiesen (DOK Versuch seit 1978), dass Biolandbau die Bodenstruktur nachhaltig mehr fördert und somit die Erosionsgefahr wesentlich vermindert und dies ohne Gewässer und Umwelt mit Pestizidrückständen zu gefährden. Glyphosat andererseits steht weltweit zunehmend in der Kritik, wird zu einem Imageproblem der Landwirtschaft und gefährdet das Wasser.

Begründung (26.06.2013): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Felix Lang, 2. Brigit Wyss, 3. Felix Wettstein, Doris Häfliger, Daniel Urech, Barbara Wyss Flück, Marguerite Misteli Schmid (7)